

1. MAI 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Rede von Reto Wyss am 1. Mai 2022 in Liestal

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Liebe Anwesende,

Es freut mich ausserordentlich, dass ich die Ehre habe, am 1. Mai in meiner alten Heimat ein paar Worte an euch richten zu dürfen. Zu sagen gibt es an diesem Tag der Arbeit nun ja wahrlich genug.

Nach zwei Jahren Pandemie können wir nun endlich wieder einen normalen 1. Mai feiern, wobei von Normalität natürlich nicht die Rede sein kann. Zum Beispiel wegen des Ukraine-Krieges: Der SGB konnte nach der russischen Invasion in letzter Minute die Druckerpressen stoppen und ein neues 1.-Mai-Motto festlegen. "Mut zum Kampf" wäre wirklich nicht passend gewesen, auch wenn es dabei um den – letztlich auch wegen des Krieges noch dringenderen – Kampf für höhere Löhne und bessere Renten geht. Darauf komme ich später gleich zurück.

Zunächst möchte ich aber mit einem Zitat starten – mit einem eher ungewöhnlichen. Es stammt aus einem Zeitungsinterview mit dem Präsidenten des Zürcher Spitalverbands, der Folgendes gesagt hatte: "Wer einen Pflegeberuf wählt, hat nicht primär den Lohn vor Augen, sondern eher ein Ideal." Dieses Zitat ist zwar kurz, aber es hat mich extrem wütend gemacht, denn es drückt wirklich in vielerlei Hinsicht aus, was alles schief läuft in diesem Land.

Erstens der Zeitpunkt: Gesagt hat dieser Mann – namens Schär – das vor etwas mehr als zwei Jahren, also mitten während der ersten Corona-Welle. Es war quasi sein persönliches Klatschkonzert ans Pflegepersonal. Schlechter klatschen kann man nicht.

Zweitens die Selbstverständlichkeit, mit der in diesem extrem reichen Land über die "natürliche Ordnung" der Ungleichheit geredet wird: Herr Schär hat einen hochbezahlten Direktorenlohn mit geregelten Arbeitszeiten. Die Leute, über die er spricht, haben das Gegenteil davon. Daran gibt es nichts zu rütteln, daran sind sie selbst schuld, denn es ist ihr "Ideal".

Drittens die offen vorgetragene Verachtung der ArbeiterInnenklasse, der arbeitenden Bevölkerung: Was das Pflegepersonal will, ist den Leuten beim Gesunden zu helfen; was ein Landschaftsgärtner will, ist prächtige Bäume zu pflanzen; was eine Schuhverkäuferin will, ist die Leute mit schicken Stiefeln und Sneakers auszustatten. Was sie aber alle nicht zu haben wollen: einen Lohn der wirklich zum guten Leben reicht, und Arbeitsbedingungen, die dieses Leben überhaupt erst ermöglichen.

Viertens die "göttliche Ordnung" der Geschlechterungleichheit: Der Pflegeberuf ist ein Frauenberuf, ergo ist er weniger angesehen und wird weniger gut bezahlt. Das ist dann auch gleich die Erklärung dafür, weshalb man in diesem Fall offiziell noch nicht einmal von Lohndiskriminierung spricht. Denn diese wäre ja eben unerklärt, und sie kommt in der Schweiz zu den "erklärbaren" Lohnunterschieden zwischen Mann und Frau noch obendrauf.

Ich könnte die Liste der Ärgernisse über dieses Zitat noch länger fortsetzen, möchte nun aber in einem breiteren Sinne auf die gewerkschaftlichen Lehren aus der Coronakrise eingehen.

Neben einer neu aufgekommenen gesellschaftlichen Solidarität, die sehr rasch auch wieder ihre Risse bekam, ist die Haupteckdaten heute sicher, dass effiziente öffentliche Strukturen zur Bewältigung einer Krise – sei sie nun gesundheitlicher, wirtschaftlicher oder politischer Art – absolut unabdingbar sind. Oder einfacher gesagt: Ohne starken Service public lässt sich keine Krise gut meistern (oder höchstens für einige wenige). Das hat sich in der Schweiz eigentlich überall gezeigt: beim bis heute unermüdeten Einsatz des Pflegepersonals in der Gesundheitsversorgung; beim ebenfalls unvermindert andauernden logistischen Kraftakt der PöstlerInnen in der Päckerverteilung; in den Kitas, in den Heimen usw.

Die gewerkschaftliche Quintessenz nach der Pandemie ist also: Es braucht jetzt endlich eine massive Stärkung des Service public! Und zwar aus zwei Gründen. Erstens haben wir in der Krise gesehen, an was es eben überall hapert: z.B. wurde die Spitalversorgung eben in den letzten Jahren auf Wettbewerb getrimmt, und plötzlich fehlten dann zunächst nicht nur die nötigen Betten – leere Betten in normalen Zeiten kosten ja nur –, sondern sogar das Desinfektionsmittel, ganz zu schweigen vom Personal. Und zweitens wissen wir schon lange, dass der Bedarf für Investitionen in die Zukunft massiv ist. Und dabei geht es um öffentliche Investitionen, Investitionen in den Service public – dazu drei Bereiche:

- Natürlich im Gesundheitswesen: Nach dem wuchtigen Ja der Bevölkerung im letzten Herbst muss die Pflegeinitiative nun schleunigst umgesetzt werden. Wir brauchen endlich genügend Pflegepersonal, zu anständigen Löhnen bezahlt, und zu würdigen Arbeitsbedingungen angestellt.
- Natürlich in der Betreuung: Weder für die Ältesten in den Heimen und bei der Spitex noch für die Jüngsten in den Kitas gibt es heute bzw. morgen genügend Betreuungsangebote. Deshalb haben SP und Gewerkschaften z.B. die Kita-Initiative lanciert.
- Und natürlich in der Energie- und Klimapolitik: Unsere Vorfahren haben die Staudämme und das Bahnnetz gebaut – Jahrhundert-Errungenschaften, die die Schweiz bis heute einzigartig machen. Nun müssen wir endlich auch in der Klimapolitik vorbildlich werden, und dazu braucht es vor allem den radikalen Umbau in der Energieversorgung. Weg von den Fossilen hin zu den Erneuerbaren, mit einer grossangelegten öffentlichen Solaroffensive. Im aktuellen internationalen Kontext ist dies natürlich dringender – und anspruchsvoller! – denn je.

Bei diesen nötigen Investitionen in den Service public geht es aber nicht nur um gute Versorgung zu guter Qualität. Sondern es geht vor allem auch um Gerechtigkeit. Es geht darum, dass die Grundversorgung in diesem Land für alle überall zugänglich sein muss – unabhängig vom Geldbeutel. Davon sind wir heute leider weit entfernt:

- Wer kann sich heute noch das Pflegeheim leisten? Nicht viele, jedeR zweiteR HeimbewohnerIn ist auf EL angewiesen.

- Wer wird sich im nächsten Jahr noch die Stromrechnung leisten können (im August werden die Tarife angepasst)? Wir werden es sehen, oder treffen schon jetzt Massnahmen.
- Und – vor allem! – wer kann sich eigentlich die Krankenkassen-Prämien leisten? Seit Jahren immer weniger Haushalte. Eine völlige Absurdität: Nirgendwo in Europa zahlen die Leute in der Grundversicherung Kopfprämien, und nirgendwo in Europa zahlen sie zusätzlich mehr aus der eigenen Tasche, noch obendrauf (Franchise, Selbstbehalt, Zahnpflege, Heim- und Spitaltaxe etc.). Das einzige korrigierende Element, die Prämienverbilligungen, wird von den Kantonen seit Jahren zusammengespart. Zwei eindrückliche Zahlen dazu: Die Prämienbelastung hat sich für die unteren und mittleren Einkommen – inkl. Verbilligungen – in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Und der Anteil der Prämienverbilligungen an der Finanzierung der Grundversorgung hat sich im gleichen Zeitraum halbiert! Mit dieser Entwicklung muss nun endlich Schluss sein. Unsere Prämienentlastungs-Initiative befindet sich im Moment in der parlamentarischen Beratung. Wir hoffen, dass etwas Gutes dabei herauskommt. Sonst muss schleunigst über die Initiative abgestimmt werden. Denn schon im Herbst droht bekanntlich ein Prämienschock von bis zu 10 Prozent!

Fazit: Für ein gutes Leben für alle haben wir in der teuren Schweiz einen grossen öffentlichen Investitions- und Finanzierungsbedarf. Dafür brauchen wir viel Geld. Und dieses Geld ist da, zum Glück! Kaum ein Land ist so reich wie die Schweiz, und kaum wo werden die Reichen so wenig zur Kasse gebeten wie hier. Neuste Zahl: Alleine die 30 grössten Firmen schütten im Jahr 2022 42 Milliarden Dividenden an ihre Aktionär-Innen aus – alles hoch privilegiert besteuert! Darunter ist die EMS-Chemie: Die Firma von Frau Blocher zahlt doppelt so viele Dividenden aus, wie sie insgesamt an ihre Belegschaft Löhne bezahlt! Das muss man sich mal vorstellen. Das ist Schweizer Realität, oft nicht vorstellbar.

Vor diesem Hintergrund ist es unnötig, weiterzureden, und noch zu sagen, dass selbstverständlich alle momentan auf Bundes- und Kantonebene aufgelegten Steuersenkungen für Reiche schlichtweg geschreddert gehören. Die Liste ist sehr lang; auf Bundesebene ist das nächste Rendez-vous die Volksabstimmung über die Abschaffung der Verrechnungssteuer. Dafür haben wir vor Kurzem erfolgreich das Referendum eingereicht, und wir werden es hochkant gewinnen, genau wie schon das vergangene Referendum zur Stempelsteuer.

Doch damit wir gemeinsam auch in Zukunft nicht nur solche Rückschritte verhindern, sondern auch die so nötigen Fortschritte erzielen können, braucht es – und jetzt komme ich halt doch zurück auf das ursprüngliche 1.-Mai-Motto – "Mut zum Kampf". Kampf nicht im militärischen Sinne, sondern Kampf für mehr Solidarität. Und diese soll heute, an diesem 1. Mai 2022 im Zentrum stehen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Anwesende, ich wünsche euch allen einen ganz guten Tag der Arbeit! Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.